



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Antisemitismus in Bayern entschieden entgegen-treten

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag verurteilt die antiisrealischen Ausschreitungen der letzten Tage auch in Deutschland und spricht all jenen Personen, die antisemitische Gewalt erleben mussten, seine Solidarität aus und steht an ihrer Seite.
- II. Eine Arbeitsgruppe zur „Stärkung des jüdischen Lebens in Bayern“ im Landtag ist einzurichten.
- III. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
 - die Bekämpfung des wachsenden Antisemitismus mit zur obersten Priorität der bayerischen Sicherheitsbehörden zu machen;
 - im Rahmen einer Aufgabenkritik die Ressourcen der Polizei dementsprechend neu zu verteilen;
 - den Ermittlungs- und Fahndungsdruck weiter zu erhöhen, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken;
 - die Sensibilisierung- und Schulungsmaßnahmen bei Polizei und Justiz auszubauen;
 - die Präventions- und Bildungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und allen weiteren Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich zu intensivieren;
 - die Angebote zur schulischen und außerschulischen Demokratiebildung auszubauen;
 - und die Erinnerungskultur zu stärken.

Begründung:

Auch über 70 Jahre nach der Befreiung des KZ Dachau ist Antisemitismus trauriger deutscher Alltag. Solange jüdische Kindergärten, Synagogen, Schulen und Altenheime polizeilich geschützt werden müssen, kann man nicht von Normalität von jüdischem Leben in Bayern sprechen. Das kann und darf in keinsten Weise hingenommen werden. In Zeiten großer Zustimmung für rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen und Parteien und einer Renaissance unterschiedlicher antijüdischer Ressentiments müssen alle Demokratinnen und Demokraten mit vereinten Kräften für eine weltoffene bayerische Gesellschaft und gegen Antisemitismus eintreten.

Die Bekämpfung des wachsenden Antisemitismus in unserem Land ist zentrale Aufgabe der Politik. Der Anstieg der antisemitischen Straftaten beunruhigt sehr. Aktuelle Zahlen des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr (siehe Anfrage zum Plenum von Katharina Schulze, Drs. 17/19092) zeigen, dass es bis Mitte November 2017 109 antisemitische Straftaten in Bayern gab. Das sind 109 zu viel. Die Situation für Jüdinnen und Juden in Bayern stellt sich als besonders bedrückend dar, da kleine Alltagserfahrungen zunehmen und die hohe Dunkelziffer Sorgen macht. Es ist erschreckend, dass der Hass auf Jüdinnen und Juden in unserem Bayern so massiv ist. Die aktuellen Zahlen zeigen erneut, wie wichtig es ist, das jüdische Leben in Bayern zu stärken. Antisemitische Straf- und Gewalttaten dürfen nicht weiter steigen. Neben einem starken Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf die Straftäter brauchen wir mehr Prävention und Demokratiebildung.

Auch der Landtag musste sich erst kürzlich mit einem aktuellen Fall beschäftigen: Kuwait Airways weigert sich, israelische Staatsangehörige von deutschen Flughäfen aus zu befördern. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten verurteilte deshalb einhellig die Geschäftspraxis von Kuwait Airways (Drs. 17/19246). Dass israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aufgrund ihrer Religion diskriminiert werden, liegt hier eindeutig auf der Hand, schließlich ist die Mehrheit der Israelis jüdischen Glaubens. Gerade israelbezogener Antisemitismus erlangte in den letzten Jahren eine weite Verbreitung. Das darf angesichts unserer historischen Verantwortung nicht hingenommen werden.